

„Die schlimmsten Übel, die die Welt in diesen Jahren heimsuchen, sind die Jugendarbeitslosigkeit und die Einsamkeit, der man die Alten überlässt. Die alten Menschen brauchen Pflege und Gesellschaft, die Jungen brauchen Arbeit und Hoffnung, doch sie haben weder das eine noch das andere und suchen deshalb noch nicht einmal mehr danach. Sie werden von der Gegenwart erdrückt.“ (Papst Franziskus, 1. Oktober 2013)

"Eine Gesellschaft, die nicht so organisiert ist, dass alle die Möglichkeit zu arbeiten haben, funktioniert nicht richtig: sie ist nicht gerecht."

(Papst Franziskus, 1. Mai 2013)

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

EINE KRISE, DIE UNSERE ZUKUNFT BEDROHT

Vor dem Hintergrund einer weit verbreiteten Besorgnis über die Arbeitslosigkeit, sind es gerade die jungen Leute, die in ganz Europa einen hohen Preis für eine Wirtschaftskrise bezahlen, die sie nicht verursacht haben, denn die Arbeitslosenzahlen liegen bei ihnen höher als bei der übrigen Bevölkerung. Obwohl die Jugendarbeitslosigkeit bereits vor der Finanz- und Wirtschaftskrise existierte, ist die durchschnittliche Arbeitslosenquote bei jungen Leuten in den Ländern der EU doppelt so hoch wie bei anderen Altersgruppen. In einigen Mitgliedsstaaten liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei über 50 %. Als Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen möchten wir uns den jüngsten Aufrufen nach einer Neuausrichtung der Strategie zur Überwindung dieser Ungerechtigkeit anschließen.

Auf EU-Ebene hat sich die begrüßenswerte Einsicht durchgesetzt, dass es notwendig ist, in junge Menschen zu investieren; Milliarden Euro wurden für Jugendbeschäftigungsprogramme bereitgestellt. Aber die Wirtschaftspolitik allein wird diese Krise nicht überwinden können. Dazu muss anerkannt werden, dass die Bedeutung der Arbeit noch weit über eine bezahlte Beschäftigung hinausgeht und entscheidende persönliche, soziale und kulturelle Auswirkungen hat. Aus diesem Grund betonte die katholische Soziallehre wiederholt, dass menschenwürdige Arbeit ein grundlegendes Menschenrecht ist.

Dieses Recht wird heute vielen Menschen in vielen europäischen Ländern verwehrt, auch Millionen jungen Leuten.

Die Bedürfnisse des Marktes und des Finanzsektors wurden über die der Gesellschaft und besonders über die der jungen Menschen gestellt, obwohl diese die Zukunft unserer Gesellschaft bilden. Aber ihre Lebensperspektiven sind eingeschränkt und ihre Menschenwürde wird verletzt. Sie laufen Gefahr, eine verlorene Generation zu werden. Vorrangig wurde ein ausgeglichener Staatshaushalt angestrebt, während die Notwendigkeit, in Menschen zu investieren, ignoriert wurde. Diese Strategie schadet letztendlich dem Potential für ein langfristiges, nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Durch die demoralisierende Wirkung der Arbeitslosigkeit werden viele junge Leute davon abgehalten, in Ausbildung oder ein eigenes Unternehmen zu investieren. Außerdem zahlen viele junge Leute sehr hohe Gebühren für Universitäten oder ihre Berufsausbildung und verschulden sich deshalb schon in jungen Jahren, um dann später jedoch keine Arbeit zu finden. Andere wandern aus, um woanders bessere Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Während eine größere Bewegungsfreiheit über die Landesgrenzen hinweg sehr begrüßenswert ist, so sind die Folgen für Gemeinden, die eine große Zahl an jungen Menschen wegen mangelnder Beschäftigungsmöglichkeiten verlieren, verheerend.

Wie von führenden EU-Politikern bestätigt, besteht die vorrangige Aufgabe für Regierungen, die auf die Krise reagieren müssen, in Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen zu investieren. Damit diese Investitionen effektiv sind, bedarf es einer sinnvollen Einbeziehung der Arbeitgeber, um die zu fördern, die jungen Menschen echte Arbeitschancen bieten. Die Arbeitgeber sollten ermutigt und unterstützt werden, eine altersmäßig ausgewogene Arbeitnehmerschaft zu beschäftigen, sodass sie jungen Menschen, die noch Arbeitserfahrung sammeln müssen, Arbeit geben könnten, und gleichzeitig auch Mitarbeiter beschäftigen, die ihre bereits erworbenen Erfahrungen in der Arbeitswelt an jüngere weitergeben können. Ebenso wichtig sind stabile Richtlinien zur Vermeidung der Ausbeutung junger Menschen, damit sichergestellt wird, dass sie für ihre Arbeit eine gerechte Vergütung erhalten und dass Ausbildungsmöglichkeiten, die im Rahmen von Praktika angeboten werden, die erforderlichen Standards erfüllen.

Es muss festgestellt werden, dass viele junge Menschen von politischer Führung und politischen Prozessen enttäuscht sind, weil sie das Gefühl haben, dass ihre Bedürfnisse und Anliegen übersehen und nicht geschützt werden. Diese zunehmende Enttäuschung gefährdet die Demokratie und bedroht die zukünftige Stabilität unserer Gesellschaften. In Europa haben sich diese Gefühle schon auf die unterschiedlichste Weise manifestiert und zu gewaltsamen Protesten und zunehmender Unterstützung für politische Extremisten geführt. Neben der Umsetzung einer Strategie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit müssen politische Verantwortliche auch in die Demokratie investieren, indem Konsultationsverfahren eingesetzt werden, die junge Menschen aktiv an den Prozessen beteiligen, die zur Lösung dieser Krise beitragen sollen.

Langfristig gesehen müssen Bildung und Ausbildung das zentrale Thema für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik sein. Bildung ist viel mehr als die reine Vorbereitung auf das Arbeitsleben. Sie bereitet junge Menschen auch darauf vor, Staatsbürger zu sein, weshalb eine breit gefächerte Bildung wesentlich ist. Nichtsdestoweniger sollten Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen mit der Geschäfts- und Unternehmerwelt in einen regelmäßigen Dialog eintreten, damit gewährleistet wird, dass ihre Bildungsangebote für den aktuellen Arbeitsmarkt auch von Bedeutung sind. Das traditionelle Modell einer "Anstellung auf Lebenszeit" ist kein realistisches oder erstrebenswertes Ziel mehr. Viele junge Leute würden von einem flexibleren Ansatz profitieren, der sie dazu ermutigt, viele verschiedene Fähigkeiten zu entwickeln, auf die sie während ihres Arbeitslebens zurückgreifen könnten.

In diesem Zusammenhang sind die Werte, die wir jungen Menschen in Verbindung mit Arbeit und Beschäftigung vermitteln, auch von Bedeutung. Kernwerte wie Solidarität, Gemeinwohl und Dienst an anderen können in unserer zunehmend materialistischen Gesellschaft verlorengehen. Bei der Vergütung für verschiedene Beschäftigungsarten tolerieren wir aber wesentliche Unterschiede, die häufig nur wenig oder überhaupt nichts mit dem tatsächlichen Wert der Arbeit zu tun haben. Zusammengenommen schafft dies einen kulturellen Kontext, in dem ein junger Mensch sich als Versager sieht, weil er keinen "aufregenden" Job, kein hohes Gehalt oder Prominentenstatus hat. Das schadet nicht nur der psychischen Verfassung und dem Wohlbefinden einer Person, sondern kann auch zu einem Zusammenbruch der sozialen Kohäsion und der solidarischen Beziehungen innerhalb der Gesellschaft führen.

Jugendarbeitslosigkeit ist das beunruhigende und auffälligste Symptom einer viel größeren Problematik – die fehlende Berücksichtigung der vollen Bedeutung von Arbeit in der Sozial- und der Wirtschaftspolitik. Deshalb sollte die Jugendarbeitslosigkeit zwar eine klare Priorität bei den Regierungen haben, aber das Thema sollte nicht isoliert betrachtet werden, sondern als Teil eines größeren Prozesses, der die Hindernisse für Beschäftigung, die Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft betreffen, berücksichtigt. Das Problem sollte auch ständig auf der Tagesordnung des Europarates stehen und bei den zuständigen internationalen Organisationen oberste Priorität haben. Kurzfristige Interventionen zur Unterstützung derjenigen, die am stärksten gefährdet sind, sind unerlässlich. Aber noch wichtiger sind eine langfristige Politik und kulturelle Veränderungen, die erforderlich sind, um ein gerechteres und nachhaltiges Beschäftigungsmodell für unsere Gesellschaften bereitzustellen. Die gegenwärtige Krise bietet die reale Chance für eine dauerhafte Veränderung, bei der der legitime Wunsch junger Menschen nach der Beteiligung an Verantwortung anerkannt und ermutigt wird.

Angesichts der bevorstehenden Europawahl fordern wir die europäischen Regierungen und Institutionen der EU auf:

- Vorrangige Behandlung von Beschäftigung bei Plänen für die wirtschaftliche Erholung unter Einsatz von spezifischen Strategien zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die unter Beteiligung von jungen Menschen entwickelt wurden;
- Sicherstellung von beschleunigten Verfahren zur Anerkennung von Abschlusszeugnissen innerhalb der Europäischen Union
- Untersuchung bestehender Beratungs- und Beschäftigungsangebote für junge Menschen im Hinblick auf die Überwindung der politischen Entfremdung und des zunehmenden politischen Extremismus unter jungen Menschen;

- Unterstützung der Arbeitgeber, die jungen Menschen angemessene Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten, wobei garantiert werden muss, dass die Regulierungsmechanismen ausreichend sind, um junge Arbeitnehmer vor Ausbeutung zu schützen;
- Gewährung von Unterstützung, auch finanzieller Art, für Bildung und Berufsausbildung;
- Einrichtung von Konsultationsmechanismen zur Prüfung des Beitrags unserer gegenwärtigen Bildungssysteme für eine nachhaltige Beschäftigung, unter der Beteiligung aller Hauptakteure, einschließlich des Wirtschaftssektors, der Gewerkschaften, der Arbeitsämter/-agenturen und der jungen Leute.

Weitere Informationen:

E-mail: office@iupax.at

Homepage: www.iupax.at

Zu der Konferenz Europäischer Justitia et Pax-Kommissionen (Conference of European Justice and Peace Commissions CEJPC) gehören derzeit 31 nationale Justitia et Pax-Kommissionen. Jede wurde von der jeweiligen katholischen Bischofskonferenz des Landes eingerichtet bzw. anerkannt. Das Sekretariat der CEJPC befindet sich gegenwärtig in Brüssel. <http://www.juspax-eu.org>